

Afghanistan: Update

Die aktuelle Sicherheitslage

Corinne Troxler Gulzar

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Bern, 23. August 2011

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7



Angaben zur Autorin: Corinne Troxler Gulzar hat an der Universität Zürich Geschichte, Politikwissenschaft und Völkerrecht studiert. Sie verfügt über langjährige Erfahrung als Hilfswerkvertreterin im Asylverfahren. Im Rahmen eines Praktikums verfasste sie für die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH Themenpapiere, Gutachten und Auskünfte. Vom August 2006 bis April 2008 arbeitete sie als Assistentin am Historischen Seminar der Universität Luzern, wo sie unter anderem auch Veranstaltungen zur Geschichte Afghanistans durchführte. Sie reiste in den letzten Jahren mehrmals nach Afghanistan und nahm unter anderem an zwei *Fact Finding Missions* teil. In eigenständiger Feldforschung ergänzte sie die Eindrücke und setzte sich unter anderem intensiv mit der Lage der Frauen auseinander. Daneben lernte sie an den Universitäten Zürich und Bern sowie in Afghanistan und Iran Persisch und Dari. Sie bereiste Afghanistan letztmals im August/September 2010.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

AUTORIN

Corinne Troxler Gulzar

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2011  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Lage	1
3	Sicherheitslage	4
4	Verfassung und Justizsystem.....	12
5	Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile	14
6	Sozioökonomische und medizinische Lage	18
7	Rückkehr	20

1 Einleitung

Die starke Konzentration der internationalen Truppen im Süden Afghanistans führte zu einer unkontrollierten und relativ ungehinderten Verbreitung der regierungsfeindlichen Gruppierungen im Rest des Landes. Obwohl die Sicherheitslage so prekär ist wie seit 2001 nicht mehr, hielt die internationale Staatengemeinschaft am Termin für den Beginn des Truppenrückzugs und der schrittweisen Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte im Juli 2011 fest. Fast zehn Jahre nach der Intervention des Westens befinden sich die Taliban in einer Position der Stärke. Einer Einbindung in eine zukünftige afghanische Regierung steht nicht mehr viel im Wege.¹

Die fehlenden Fortschritte in den Bereichen der humanitären Hilfe, Entwicklung, Regierungsführung und Drogenbekämpfung drohen die Sicherheitslage weiter zu unterminieren.² Die Unfähigkeit der afghanischen Regierung sowie der internationalen Staatengemeinschaft, die Lage der Zivilbevölkerung zu verbessern, hat zu ernsthaften Ressentiments in der afghanischen Bevölkerung geführt. Diese betrachtet die Lage zusehends als hoffnungs- und ausweglos.³

Dieses Update schliesst an das Update vom August 2010 an. Im Vordergrund stehen insbesondere die Sicherheitslage sowie die Situation von Rückkehrenden.

2 Politische Lage

Ein im April 2011 publizierter Bericht des Pentagon spricht von einer unbefriedigenden Entwicklung von Politik und Verwaltung in Afghanistan sowie schwierigen Herausforderungen.⁴ Die Einnahmen des afghanischen Staates reichen weiterhin nur für die Abdeckung eines Drittels des Budgets, und noch immer laufen lediglich etwa 20 Prozent der internationalen Gelder über die afghanische Regierung, obwohl im Juli 2010 an der Konferenz in Kabul ein Anstieg auf 50 bis 80 Prozent verlangt wurde. Karzai betonte an der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2011 einmal mehr, die afghanische Regierung brauche mehr Zugriff auf Gelder, solle sie die Le-

¹ Congressional Research Service (CRA), Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy, 15. April 2011: http://assets.opencrs.com/rpts/RL30588_20110415.pdf; Tagesanzeiger.ch, Screaming Eagles bezahlen höchsten Blutzoll seit Vietnam, 6. Juni 2011: www.tagesanzeiger.ch; NZZ, Das falsche Signal an die Taliban, 24. Juni 2011, S. 21.

² The International Council on Security and Development (ICOS), Afghanistan Transition – Dangers of a Summer Drawdown, Februar 2011, S. 5–7, 20, 30: www.icosgroup.net/2011/report/afghanistan_dangers_drawdown2/.

³ Schlagzeilen machte insbesondere die Demonstration in Mazar-e-Sharif, die sich Anfang April 2011 über mehrere Tage in mehreren Städten Afghanistans hinzog und bei der die Demonstranten das Gelände der UNO stürmten und sieben Mitarbeiter ermordeten. CRA, 15. April 2011, S. 39; NZZ Online, Gewalttätige Proteste gegen Koranverbrennung gehen weiter, 2. April 2011: www.nzz.ch; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010 – Protection of Civilians in Armed Conflict, März 2011, S. IV, 12 und 55–56: <http://unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/human%20rights/March%20PoC%20Annual%20Report%20Final.pdf>; ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 20–22; Welt Online, Gewalttätige Demonstration in Talokan vor einem Bundeswehrcamp, 20. Mai 2011: www.welt.de.

⁴ NZZ, Fortschritte der Nato in Afghanistan, 30. April 2011, S. 7.

bedingungen im ganzen Land gezielt verbessern können. Experten gehen davon aus, dass die staatlichen Institutionen voraussichtlich auch 2014 instabil sein werden.⁵

Aufgrund der von den regierungsfeindlichen Gruppierungen in weiten Teilen des Landes betriebenen Taktik der Einschüchterung und gezielten Ermordungen wagen es immer weniger Menschen, ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte wie Meinungsfreiheit, politische Partizipation, Bildung und Arbeit auszuüben. Die gezielte Ausschaltung von Schlüsselfiguren führte zudem zu einer verminderten Regierungspräsenz in den Gemeinden und zeigte auf, dass es der Regierung nicht gelingt, Recht und Ordnung sowie eine gute Regierungsführung umzusetzen.⁶ Die im Bonner Abkommen von 2001 stark zentralistisch angelegte Regierungsstruktur führte zusätzlich zu einer Distanzierung der Bevölkerung von ihren Behörden. Eine Debatte über eine stärkere Dezentralisierung und Rechenschaftsablage auf lokaler Ebene wäre in Bezug auf die geplante Bonner Konferenz vom November 2011 sinnvoll.⁷

Die **Parlamentswahlen** vom 18. September 2010 waren von weit verbreitetem Wahlbetrug – ein Viertel der Stimmen musste für ungültig erklärt, 24 provisorische Wahlsieger mussten disqualifiziert werden – und einer niedrigen Wahlbeteiligung geprägt. Gemäss *Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU)* führten die Parlamentswahlen 2010 zu einer weiteren Distanzierung weiter Teile der Bevölkerung von der Regierung und wurden zum Ausdruck der wachsenden Instabilität sowie der fehlenden Transparenz im politischen System.⁸ Präsident Karzai setzte nach der Verkündung der definitiven Resultate ein äusserst umstrittenes Sondergericht ein, welches die Betrugsvorwürfe gegen die disqualifizierten Kandidaten prüfen sollte. Trotz Karzais Versuchen, die Einsetzung des neuen Parlaments hinauszuschieben, fand diese aufgrund des Drucks des Parlaments am 26. Januar 2011 statt. Gemäss Angaben von *Amnesty International* handelt es sich bei mindestens 40 Parlamentariern um Personen, die schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begangen haben.⁹

⁵ CRA, 15. April 2011, S. 63; Tagesanzeiger.ch, Karzai kündigt Zeitplan für den Übergang an, 6. Februar 2011: www.tagesanzeiger.ch. Die Einnahmen betragen 2010 1,7 Billionen US-Dollar, benötigt wurden jedoch 4,5 Billionen US-Dollar.

⁶ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iv, 12 und 55–56; ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 20–22; Spiegel Online, Viele Tote bei Anschlag auf Regierungsbüro, 18. Juli 2011: www.spiegel.de. Innerhalb weniger Tage wurden der ehemalige Gouverneur der Provinz Uruzgan, Jan Mohammad Khan, der Bürgermeister von Kandahar, Ghulam Haider Hamidi, sowie der Vorsitzende des Provinzrates in Kandahar und Halbbruder Karzais, Ahmad Wali Karzai, umgebracht.

⁷ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 24.

⁸ AREU, Undermining Representative Governance – Afghanistan's 2010 Parliamentary Election and Its Alienating Impact, Februar 2011: www.areu.org.af/EditionDetails.aspx?EditionId=517&ContentId=7&ParentId=7&Lang=en-US.

⁹ UNHCR, UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Afghanistan, 17. Dezember 2010: www.unhcr.org/refworld/docid/4d0b55c92.html, S. 5; Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011: www.hrw.org/en/word-report-2011/afghanistan; Amnesty International, Afghan parliament inauguration highlights crisis of accountability, 25. Januar 2011: www.amnesty.org/en/news-and-updates/afghan-parliament-inauguration-highlights-crisis-accountability-2011-01-25; UNAMA, UNAMA concerned at recent events that could undermine independence of electoral and judicial institutions, Februar 2011: <http://unama.unmissions.org>. Grund für die Einsetzung des Sondergerichts war wohl die Tatsache, dass die Paschtunen als Wählerbasis Karzais lediglich noch 30 Prozent der Parlamentssitze stellen können, während die Tadschiken und Hazara in Relation zur Bevölkerung im Parlament nun überdurchschnittlich vertreten sind. Karzai sieht sich nun einer noch grösseren Opposition gegenüber. NZZ, Karzai schürt die Konflikte zwischen den Volksgruppen, 22. Januar 2011, S. 7; NZZ, Karzai verliert im Machtkampf mit Afghanistans Legislative, 27. Januar 2011, S. 7.

Im Juli 2011 übernahmen die afghanischen Sicherheitskräfte die Sicherheitsverantwortung für drei Provinzen (ein Grossteil Kabuls [ohne den Distrikt Sarobi], Panjshir und Bamiyan) sowie vier Städte (Mazar-e-Sharif, Mehtarlam, Lashkar Gah und den Grossteil von Herat). Dies stellt einen ersten Schritt der geplanten Verantwortungsübernahme bis Ende 2014 und somit «den Anfang vom Kriegsende» dar.¹⁰ Die Übernahme der Verantwortung durch die afghanischen Streitkräfte erfolgt jedoch zu einem Zeitpunkt, in dem die Kampfhandlungen seitens der regierungsfeindlichen Gruppierungen stark zugenommen haben.¹¹

Auf Empfehlung der Friedensjirga vom Mai 2010 wurde der **Hohe Rat für Frieden** errichtet. Dieser wird jedoch von weiten Teilen der afghanischen Gesellschaft scharf kritisiert, da zahlreiche seiner Mitglieder frühere Kriegsherren sind, welche in Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen verwickelt waren.¹²

Im Rahmen der Initiative des **Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms** legten einige hundert Personen die Waffen nieder.¹³ Dabei soll es sich jedoch eher um Angehörige von Milizen als um Taliban- oder Al-Kaida-Kämpfer handeln. Die Anzahl reicht zudem bei weitem nicht aus, die regierungsfeindlichen Gruppierungen ernsthaft zu schwächen. Die Integration versöhnungswilliger Kämpfer in reguläre und irreguläre Sicherheitskräfte ist heftig umstritten.¹⁴

Am 18. Juni 2011 bestätigte die afghanische Regierung erstmals offiziell **Verhandlungen** zwischen den USA und Angehörigen der Taliban über ein Ende des Krieges. Die Intensivierung der Friedensverhandlungen weist auf einen Strategiewechsel der Nato-Staaten hin. Der Krieg gilt aus militärischer Sicht als verloren, daher soll eine politische Lösung einen möglichst raschen Abzug der internationalen Truppen erlauben. In diesem Sinn streicht die UNO die Taliban von der Liste terroristischer Organisationen und führt für sie nun eine separate Liste.¹⁵ Bereits im März und im Herbst 2010 sollen Gespräche zwischen Angehörigen der afghanischen Regierung und den Taliban sowie Abgeordneten von Hekmatyar stattgefunden haben.¹⁶ Bei der Ankündigung ihrer Frühjahrsoffensive am 30. April 2011 haben die Taliban Friedensge-

¹⁰ NZZ Online, Afghanen übernehmen in sieben Regionen das Kommando, 22. März 2011: www.nzz.ch; CRA, 15. April 2011, S. 37. Dabei kommt Lashkar Gah, der Hauptstadt der Provinz Helmand, die Rolle eines «Prüfsteins» zu: Es wird sich zeigen, ob die afghanischen Sicherheitskräfte das von den US-Truppen hart umkämpfte Mass an Stabilität zu halten vermögen. Spiegel Online, Afghanen fordern Waffen für ihre Sicherheit, 22. März 2011: www.spiegel.de; Reuters, Zwölf Tote bei Selbstmordanschlag im Süden Afghanistans, 31. Juli 2011: <http://de.reuters.com>.

¹¹ Reuters, Strategic shift in Afghanistan seen under new U.S. envoy, 28. April 2011: www.reuters.com.

¹² Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011: www.amnesty.de/jahresbericht/2011/afghanistan.

¹³ Gemäss General Petraeus sollen bis März 2011 rund 700 Kämpfer wieder in die Gesellschaft eingegliedert worden sein. CRA, 15. April 2011, S. 41.

¹⁴ The Afghanistan NGO Safety Office (ANSO), ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1: www.afgnso.org; IWPR, «Taliban Surrenders» Not All They Seem, 30. März 2011: www.unhcr.org. In der Provinz Balkh sollen versöhnungswillige Männer monatlich 80 US-Dollar, eine gemietete Wohnung, Essen, Kleidung sowie Hilfe bei der Suche nach Arbeit erhalten.

¹⁵ NZZ Online, Verhandlungen der USA mit den Taliban, 18. Juni 2011; Tagesanzeiger.ch, USA führen Gespräche mit den Taliban in Europa, 17. Mai 2011: www.tagesanzeiger.ch; Zeit Online, USA sollen in Deutschland mit den Taliban verhandelt haben, 17. Mai 2011: www.zeit.de; Swissinfo, Getrennte Sanktionslisten für Al Kaida und Taliban, 20. Juni 2011: www.swissinfo.ch.

¹⁶ CRA, 15. April 2011, S. 43. Seitens der Taliban sollen Arsala Rahmani, ein früherer Beamter der Taliban, der nun dem Parlament angehört, und Abdul Salam Zaeef, der frühere Taliban-Botschafter in Pakistan, zu den Gesprächspartnern gehört haben.

sprache jedoch ausgeschlossen, solange internationale Truppen in Afghanistan stationiert sind.¹⁷

3 Sicherheitslage

Die Sicherheitslage hat sich in Afghanistan 2010 sowie im ersten Halbjahr 2011 erneut dramatisch verschlechtert. Die Anschläge haben 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 64 Prozent zugenommen.¹⁸ Allein im Süden des Landes wurden 2010 dreimal so viele Menschen umgebracht oder hingerichtet wie 2009.¹⁹ Entführungen sind 2010 um 83 Prozent gestiegen (251 Personen).²⁰ Der Anschlag auf das Hotel Intercontinental in Kabul vom 29. Juni 2011, nur wenige Tage vor der beginnenden Übernahme der Verantwortung durch die afghanischen Sicherheitskräfte, hat nicht nur gezeigt, dass die afghanischen Sicherheitskräfte die Sicherheit nicht alleine gewährleisten können, sondern auch, dass die Lage äusserst prekär ist.²¹

Mit der massiven Aufstockung der US-Truppen vermochten die ausländischen Sicherheitskräfte zwar die Sicherheitsdynamik im Süden des Landes vorübergehend signifikant zu verändern.²² Die Intensivierung des Krieges im Süden führte jedoch zum Rückzug der Taliban aus den von ihnen kontrollierten Distrikten in bisher relativ ruhige und stabile Provinzen im Norden, Osten und Westen des Landes.²³ Es ist daher höchst fraglich, ob die afghanischen Sicherheitskräfte nach der Verantwortungsübernahme die mühsam erkämpfte Stabilität aufrechtzuerhalten vermögen.²⁴

Die auffälligsten und wichtigsten Trends 2010 bestanden in der Offensive der regierungsfeindlichen Gruppierungen im Norden des Landes, welche sich auf die Störung der Nachschubrouten konzentrierte, die Ausnutzung ethnischer und politischer Spannungen im Norden sowie die Ermordung von Schlüsselfiguren der Regierung.²⁵

Gemäss Angaben des deutschen *Auswärtigen Amtes* ist die Sicherheit trotz der Präsenz internationaler Truppen im ganzen Land nicht gewährleistet. Die afghanischen

¹⁷ NZZ, Die Taliban sind weder geschwächt noch kompromissbereit, 4. Mai 2011, S. 3; Focus Online, David Petraeus: Lossagung der Taliban von der Al Kaida?, 9. Mai 2011: www.focus.de.

¹⁸ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 11.

¹⁹ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. 54; ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1.

²⁰ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iv, 11, 16–18. Dem afghanischen Innenministerium wurden 2010 162 Entführungen gemeldet: US Department of State, 2010 Country Reports on Human Rights Practices – Afghanistan, 8. April 2011, S. 12: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/sca/154477.htm.

²¹ NZZ, Kabul weit vom Frieden entfernt, 30. Juni 2011, S. 3. Es zeigt sich immer wieder, dass die afghanischen Sicherheitskräfte die Lage ohne Unterstützung der internationalen Truppen nicht in den Griff bekommen. Letztes Beispiel ist der Anschlag auf den Gouverneurssitz von Parwan. Tagesanzeiger.ch, Taliban verüben Anschlag auf Sicherheitssitzung, 14. August 2011: www.tagesanzeiger.ch.

²² ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 7.

²³ Verschlechtert hat sich die Sicherheitslage insbesondere in den Provinzen Kunduz, Takhar, Badakhshan und Faryab. ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1 und 13.

²⁴ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 7.

²⁵ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 13.

Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung durchzusetzen.²⁶ 2010 stufte das *UNHCR* mehrere Regionen Afghanistans als Gebiete genereller Gewalt ein. Die Einstufung erfolgte aufgrund mehrerer kumulativer Indikatoren und war für die Provinzen Helmand, Kandahar, Kunar und Teile von Ghazni und Kost erfüllt.²⁷

Der Anteil ziviler Opfer hat erneut stark zugenommen. Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung gehen weiterhin von vier Quellen aus:

- von regierungsfeindlich eingestellten, bewaffneten Gruppierungen wie Taliban, *Hezb-e-Islami* von Gulbuddin Hekmatyar²⁸, Haqqani-Netzwerk²⁹ und anderen³⁰
- von regionalen Kriegsherren und Kommandierenden der Milizen
- von kriminellen Gruppierungen
- von Reaktionen der afghanischen und ausländischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen regierungsfeindliche Gruppierungen, insbesondere Bombardierungen.

Die Anzahl der 2010 getöteten ZivilistInnen erreichte mit 2777 einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies ein Anstieg um 15 Prozent dar. Gemäss der *United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)* stieg die Zahl der zivilen Opfer in den ersten sechs Monaten 2011 erneut um 15 Prozent an. Rund drei Viertel der zivilen Opfer sollen inzwischen von regierungsfeindlichen Gruppierungen getötet worden sein. Den internationalen Truppen gelang es zwar, die Anzahl getöteter Zivilisten bei Luftangriffen etwa um die Hälfte zu senken, doch die afghanische Bevölkerung reagiert in diesen Fällen inzwischen äusserst heftig.³¹ Der stetige Anstieg ziviler Opfer, die Verschlechterung der Sicherheitslage und die vorherrschende Atmosphäre der Einschüchterung hindern Teile der afghanischen Bevölkerung an der Ausübung ihrer Grundrechte. So sind der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, die politische Partizipation sowie die Meinungsfreiheit inzwischen für viele AfghanInnen stark eingeschränkt.³²

²⁶ Auswärtiges Amt, Afghanistan: Reisewarnung, 15. August 2011 (unverändert gültig seit 11. August 2011): www.auswaertiges-amt.de.

²⁷ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 34–38. Die Kriterien sind: 1. Die stetig steigende Zahl ziviler Opfer aufgrund von Gewalthandlungen (Bombardierungen, Luftangriffe, Selbstmordanschläge, Sprengsätze und Landminen), 2. Die Verschlechterung der Sicherheitslage und 3. Signifikante innere Vertreibung aufgrund des Konfliktes.

²⁸ Hekmatyars Hezb-e Islami ist in den Provinzen Kunar, Nuristan, Kapisa und Nangarhar sowie im Norden und Osten Kabuls aktiv. Im Januar 2010 legte Hekmatyar klare Bedingungen für eine Versöhnung mit Karzai dar. Ihm nahe stehende Personen nahmen an der Loya Jirga vom 2. bis 4. Juni 2010 teil. Das CRS schätzt die Kämpfer der Hezb-e Islami auf etwa 1000. Der neu gewählte Sprecher der Wolesi Jirga, Abdul Raouf Ibrahim, soll Mitglied der Hezb-e Islami sein. CRA, 15. April 2011, S. 20 und 45.

²⁹ Das Haqqani-Netzwerk operiert entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze. Es gilt als das am stärksten pro-pakistanisch ausgerichtete Netzwerk und unterhält engere Verbindungen zur Al Kaida als zu den Taliban. Das Netzwerk ist hauptsächlich in Loya Paktia aktiv, verübte aber auch Anschläge in Kabul. Das CRS schätzt die Zahl der Kämpfer des Haqqani-Netzwerkes auf etwa 2500. Die Nato versucht, das Haqqani-Netzwerk vermehrt auf der pakistanischen Seite der Grenze mit Luftangriffen zu bekämpfen. Antonio Giustozzi, Getting worse before getting better, Juni 2009, S. 7; CRA, 15. April 2011, S. 20–21, 46.

³⁰ Die pakistanische Gruppierung Lashkar-e Tayyiba soll beispielsweise zusehends auch in Afghanistan tätig sein. Die Lashkar-e Tayyiba ist eine militante islamistische Gruppierung, die ursprünglich auf Operationen gegen Indien zur Erlangung der Kontrolle über Kashmir konzentriert war. CRA, 15. April 2011, S. 20.

³¹ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. i; NZZ, Immer mehr zivile Opfer in Afghanistan, 12. März 2011, S. 11; UNAMA, UNAMA Press Statement: Mid-Year Report 2011, 14. Juli 2011: <http://unama.unmissions.org>.

³² UNAMA, UNAMA Press Release vom 9. März 2011: <http://unama.unmissions.org>; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. vii.

Taliban. Entgegen den seit Dezember 2010 gehäuften Aussagen von Vertretern der Nato-Staaten, man habe in Afghanistan Fortschritte erzielt und die Taliban in die Defensive gedrängt, ist eher von einem ungebrochenen Kampfwillen der Taliban und einem bewussten Strategiewechsel dieser auszugehen.³³ Dass es den Taliban immer wieder gelingt, trotz massivster Sicherheitsvorkehrungen einschneidende und grossangelegte Operationen in den Zentren der Macht auszuführen, unterstützt diese These. Der von US-Präsident Barak Obama angekündigte massive Truppenrückzug spielt den Taliban zusätzlich in die Hände. Gemäss Angaben des Taliban-Experten Ahmed Rashid haben die Taliban inzwischen in 33 der 34 Provinzen Untergrundstrukturen aufgebaut.³⁴

2010 folgte der Ankündigung der Operation *Al Faath* eine massive Kampagne, der zahlreiche Regierungsbeamte, Shuramitglieder, Dolmetscher, Entwicklungshelfer, Lastwagenfahrer und Angehörige der Sicherheitskräfte zum Opfer fielen.³⁵ Auch im Frühjahr 2011 führten die Taliban zahlreiche spektakuläre Operationen durch, welche sowohl die afghanischen Sicherheitskräfte als auch das afghanische Justiz- und Gefängniswesen im Hinblick auf die bevorstehende Verantwortungsübergabe im Sicherheitsbereich in ein höchst ungünstiges Licht stellten.³⁶

Am 30. April 2011 kündigten die Taliban den Beginn ihrer **Frühjahrsoffensive** an. Als Zielobjekte wurden die afghanischen und internationalen Truppen sowie afghanische Regierungsvertreter, Mitglieder des Friedensrates, aber auch die Angestellten ausländischer und afghanischer Unternehmen, welche für die internationalen Streitkräfte arbeiten, genannt; Plätze mit grossen Menschenansammlungen, Militärstützpunkte, Militärkonvois und Regierungseinrichtungen würden anvisiert.³⁷

Neben den gezielten Ermordungen, welche im Frühjahr 2011 die afghanische Polizei und Regierungsbeamte besonders hart trafen, steht der Einsatz von Sprengsätzen im Vordergrund, welcher vor allem die Zivilbevölkerung trifft.³⁸ Zudem lässt sich feststellen, dass die Anschläge der regierungsfeindlichen Gruppierungen vermehrt

³³ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 11; NZZ, Die Taliban sind weder geschwächt noch kompromissbereit, 4. Mai 2011, S. 3; Welt Online, Geheime Dokumente belegen Stärke der Taliban, 16. Juni 2011: www.welt.de.

³⁴ Frankfurter Rundschau, Interview mit Taliban-Experte Rashid – Die Deutschen wissen nicht was los ist, 2. Dezember 2010: www.fr-online.de. Siehe auch: CRA, 15. April 2011, S. 17.

³⁵ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. 54; ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1.

³⁶ Tagesanzeiger.ch, Schüsse und Explosion im Verteidigungsministerium, 18. April 2011: www.tagesanzeiger.ch; NZZ, Spektakulärer Gefängnisausbruch in Kandahar, 26. April 2011, S. 4. So verübten Angehörige der Taliban am 18. April 2011 ausgerechnet im Verteidigungsministerium in Kabul einen Selbstmordanschlag; in der Nacht vom 24./25. April 2011 gelang 476 Häftlingen, darunter zahlreichen Kommandanten der Taliban, die Flucht aus einem Gefängnis in Kandahar. Dieses galt seit den verschärften Sicherheitsvorkehrungen nach dem Angriff 2008 als eines der sichersten. Die Deutsche Bundeswehr beklagt zudem, dass von ihnen überstellte mutmassliche Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen von der afghanischen Justiz auf Druck von Angehörigen oder Verwandten wieder freigelassen werden. Sueddeutsche.de, Justiz lässt an Anschlag beteiligten Taliban frei, 12. August 2011: www.sueddeutsche.de.

³⁷ Reuters, Taliban kündigen Frühjahrsoffensive in Afghanistan an, 30. April 2011: <http://de.reuters.com>; RP Online, Zwölfjähriger Attentäter tötet vier Menschen, 2. Mai 2011: www.rp-online.de; NZZ, Die Taliban sind weder geschwächt noch kompromissbereit, 4. Mai 2011, S. 3.

³⁸ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 5; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iii. 2010 sind 1292 Polizisten ums Leben gekommen, 2447 wurden verwundet. Tolo News, 2010 Claims Lives of 1292 Afghan Police, 2. Januar 2011: <http://tolonews.com>.

genau in jenen Gebieten verübt werden, welche im Juli 2011 den afghanischen Sicherheitsgebieten übergeben wurden.³⁹

Gemäss Angaben von *UNAMA* und *Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC)* setzen die Taliban im Süden, Norden und Osten des Landes immer häufiger Kinder und Teenager als Selbstmordattentäter ein und verwenden in dicht bevölkerten Gegenden menschliche Schutzschilder. Die Taliban und weitere regierungsfeindliche Gruppierungen verfügen über eigene Gefängnisse und sollen bei Verhören Folter angewandt haben.⁴⁰

Al Kaida. Al Kaida ist es 2010 gelungen, sich wieder in zahlreichen abgelegenen Tälern und in den Bergen des Nordostens Afghanistans auszubreiten und neue Trainingslager und Stützpunkte zu errichten. Die Zahl der Al-Kaida-Kämpfer in Afghanistan wird auf etwa 100 bis 200 geschätzt.⁴¹

Afghanische Sicherheitskräfte. Gemäss der gemeinsamen Strategie der UNO und des *Afghanistan Joint Coordination and Monitoring Board* soll die Afghanische Nationale Armee (ANA) bis Ende 2011 eine Stärke von 171'600 und die Afghanische Nationale Polizei (ANP) eine Stärke von 134'000 Personen aufweisen. Es bestehen jedoch Bedenken, ob Afghanistan überhaupt je in der Lage sein wird, ein so umfangreicher Bestand an Sicherheitskräften zu halten. Bereits jetzt werden der Ausbau und der Unterhalt der afghanischen Sicherheitskräfte hauptsächlich von internationalen Gebern bezahlt.⁴² Zudem kann die Qualität beim forcierten Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte aufgrund des rasanten Tempos nicht sichergestellt werden. Zehntausenden von Männern werden Waffen in die Hände gegeben, deren Loyalität nicht geklärt ist. Daher besteht ein hohes Risiko, dass bewaffnete Sicherheitskräfte zu regierungsfeindlichen Gruppierungen überlaufen.⁴³ Die zahlreichen Selbstmordanschläge von Attentätern in Uniform der letzten Monate unterstreichen diese Bedenken.⁴⁴

Die ANA ist inzwischen in den meisten der 34 Provinzen präsent, und ihre Fähigkeiten haben in den letzten Monaten zugenommen. Dennoch ist gemäss *International*

³⁹ Tagesanzeiger.ch, Taliban untermauern ihre Stärke, 30. Juni 2011: www.tagesanzeiger.ch; Reuters, Zwölf Tote bei Selbstmordanschlag im Süden Afghanistans, 31. Juli 2011: <http://de.reuters.com>.

⁴⁰ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. vi und 13; US Department of State, 8. April 2011, S. 3–4 und 14. So am 8. September 2010 und am 5. November 2010; Stern.de, Zwölfjähriger Attentäter tötet vier Menschen in Afghanistan, 2. Mai 2011: www.stern.de; RP Online, Zwölfjähriger Attentäter tötet vier Menschen, 2. Mai 2011: www.rp-online.de.

⁴¹ CRA, 15. April 2011, S. 19; NZZ, Al Kaida nutzt Machtvakuum, 27. April 2011, S. 5; NZZ, Die Taliban sind weder geschwächt noch kompromissbereit, 4. Mai 2011, S. 3; AFP, US-Verteidigungsminister gegen raschen Afghanistanabzug, 15. Mai 2011: www.wweeps.com/hostednews/afp/article/ALeqM5hnXBxYMXJji7rPxx6332gwulKuzQ?docId=CNG.d27dcd5f04cc3931f46132cb727f8ab8.301.

⁴² CRA, 15. April 2011, S. 23–24; NZZ, Immer mehr zivile Opfer in Afghanistan, 12. März 2011, S. 11. Im April 2011 betrug die Stärke der ANA bereits etwa 150'000, diejenige der ANP 120'000 Personen.

⁴³ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 5, 16–17. Rund 6000 Soldaten und 3450 Polizisten sollen monatlich neu eingestellt werden, damit das Ziel des Ausbaus erreicht werden kann. RP Online, Taliban unterwandern Armee, 30. Mai 2011: www.rp-online.de.

⁴⁴ NZZ, Acht Nato-Soldaten in Kabul getötet, 28. April 2011, S. 7. Insgesamt kamen in den letzten zwei Jahren 42 ausländische Soldaten durch afghanische Sicherheitskräfte ums Leben. Antonio Giustozzi machte bereits Ende 2008 darauf aufmerksam, dass die Taliban mit einigem Erfolg die afghanischen Sicherheitskräfte, insbesondere die Polizei, unterwandern. Antonio Giustozzi, The neo-Taliban: a year on, 11. Dezember 2008, open Democracy: www.opendemocracy.net.

Council on Security and Development (ICOS) weiterhin keine ANA-Einheit in der Lage, alleine und unabhängig zu operieren; Einheiten, die mit Beratern oder Unterstützung operieren können, wachsen nur langsam an.⁴⁵ Auch die ANP ist sichtbarer geworden und hat an Professionalität zugelegt. Die Organisation der Polizeikräfte konnte wesentlich verbessert werden. Die meisten Polizisten sind jedoch ungenügend ausgestattet, und es fehlt ihnen an Munition und Fahrzeugen. Die ANP hinkt der ANA in jeder Beziehung nach. Die afghanische Bevölkerung betrachtet sie nach wie vor als korrupt und misstraut ihr.⁴⁶

Gemäss Angaben des *US Department of State* gab es ernsthafte Misshandlungen durch Regierungsbeamte, Sicherheitskräfte und Gefängnispersonal. Der ANP werden Korruption, Plünderung, der Betrieb illegaler Checkpoints sowie zahlreiche weitere Verstösse gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Gemäss Angaben von *Human Rights Watch* gingen Polizisten bei Anklagen wegen Tötung von Zivilpersonen üblicherweise straffrei aus.⁴⁷

Ausländische Sicherheitskräfte. Dank der massiven Truppenaufstockung der USA bis Mitte 2010 sowie im Januar 2011 konnten die internationalen Sicherheitskräfte im Süden des Landes einige Erfolge erzielen, die jedoch als fragil und leicht umkehrbar eingeschätzt werden. Den internationalen Streitkräften ist es jedoch nicht gelungen, eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage insgesamt zu verhindern. Der Krieg gilt daher aus militärischer Sicht als verloren. Dennoch fiel das von Obama in seinem Zeitplan für den Truppenabzug genannte Kontingent von 33'000 US-amerikanischen Militärangehörigen bis Sommer 2012 unerwartet hoch aus und stiess bei Experten und Militärstrategen auch wegen des Zeitpunkts – die regierungsfeindlichen Gruppierungen kontrollieren so weite Gebiete wie seit 2001 nicht mehr – auf Kritik.⁴⁸ Am 26. Juni 2011 befanden sich 132'457 ausländische Armeeangehörige in Afghanistan.⁴⁹

Trotz Intensivierung der Luftangriffe ist es den internationalen Sicherheitskräften 2010 und 2011 gelungen, die Anzahl der getöteten Zivilisten zu senken. Die zivilen Opfer führen jedoch immer wieder zu Spannungen mit der afghanischen Regierung und zunehmend auch zu heftigen Reaktionen in der afghanischen Bevölkerung.⁵⁰

⁴⁵ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 11. Zudem beträgt die Desertationsrate noch immer mindestens 20 Prozent, und viele Offiziere sind Analphabeten. Die ethnische und parteipolitische Spaltung innerhalb der ANA bleibt stark ausgeprägt. CRA, 15. April 2011, S. 24–26.

⁴⁶ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 10; CRA, 15. April 2011, S. 26–27. Die Desertationsrate der ANP liegt wesentlich höher als diejenige der ANA. Die Analphabetenrate ist sehr hoch, Drogenkonsum weit verbreitet, und auch die ANP ist ethnisch und parteipolitisch stark gespalten.

⁴⁷ US Department of State, 8. April 2011, S. 1–2, 5; Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Afghan Recovery Report No. 388: Afghans complain of police harassment, 30. Januar 2011: <http://iwpr.net>; Amnesty International, Amnesty Report 2011, 2011.

⁴⁸ NZZ Online, 1400 zusätzliche US-Marines für Afghanistan, 6. Januar 2011: www.nzz.ch; CRA, 15. April 2011, S. 34, 36; ISAF: www.isaf.nato.int; ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1; NZZ, Obamas Zeitplan stösst auf Kritik, 24. Juni 2011, S. 3; Minority Rights Group International, State of the World's Minorities and Indigenous Peoples 2011 – Afghanistan, 6. Juli 2011: www.unhcr.org; Tagesschau – Schweizer Fernsehen, Terrorismus-Experte: «Dieser Truppenabzug ist ein Fehler», 23. Juni 2011: www.tagesschau.sf.tv.

⁴⁹ ISAF-Website, 15. August 2011, Stand: 26. Juni 2011: www.isaf.nato.int.

⁵⁰ AFP, NATO entschuldigt sich für zivile Opfer in Afghanistan, 2. März 2011: www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5icIrvue5d9zYLmNGzw_2oTy4ZOYw?docId=CNG.60156c126ed63f1e730905936147a957.341; Spiegel Online, Afghanen machen ihrer Wut auf Nato Luft, 6. März 2011: www.spiegel.de; Stern.de, Offenbar dutzende zivile Opfer bei NATO-Einsätzen in Afghanistan, 24. Februar 2011: www.stern.de; AFP, Karsai fordert Ende der NATO-Einsätze in Afghanistan, 12. März 2011:

Dasselbe trifft auch auf die oft nachts durchgeführten Razzien zu. Gemäss der UNAMA sollen die Soldaten dabei oft exzessive Gewalt angewandt, Zivilisten verletzt und getötet sowie Eigentum beschädigt oder zerstört haben.⁵¹ *Human Rights Watch* bemängelt zudem, dass die nächtlichen Razzien trotz Direktive vom Januar 2010 zugenommen haben.⁵² Weiter werden die mangelnde Transparenz bei der Aufklärung der Vorfälle und die fehlende Zuweisung der Verantwortlichkeiten bei zivilen Opfern kritisiert. Weder die internationalen noch die afghanischen Truppen verfügen über adäquate Untersuchungsmechanismen mit Strafverfolgung für Gewalttaten.⁵³

Lokale Kriegsherren und Milizen. Viele lokale Kriegsherren verfügen noch immer über eigene Milizen und können sich dank Einschüchterung und Gewaltanwendung gegenüber der Bevölkerung an der Macht halten. Dass die internationale Staatengemeinschaft sie weiterhin unterstützt und gerade auch bei der Übergabe der Verantwortung im Sicherheitsbereich als Partner behandelt, stärkt ihre Position weiter.⁵⁴

Im August 2010 wurde auf Druck der USA das umstrittene Programm der Afghan Local Police (ALP) gestartet. Die Bestände betragen etwa 15'700 Rekruten, die in 61 Distrikten eingesetzt und auf 30'000 Polizisten in 100 Distrikten aufgestockt werden sollen. Als problematisch erweisen sich insbesondere die Kommando- und Kontrollmechanismen, die Rekrutierung aber auch die Eingliederung ehemaliger Taliban, welche zur Aufgabe des Kampfes gegen die Regierung bereit sind.⁵⁵ In Nordafghanistan deklarieren sich zudem scheinbar freischaffende Milizen selbst als ALP.⁵⁶

Gemäss Angaben von ANSO existieren in Faryab, Balkh, Takhar und möglicherweise auch in anderen Provinzen weitere irreguläre Gruppierungen, welche sich ausserhalb der erwähnten Programme spontan um politische oder ethnische Machthaber zusammenschliessen. Zudem wird auch zusehends öfter von Kämpfen zwischen rivalisierenden regierungstreuen Milizen berichtet. Es ist nicht davon auszugehen, dass das Verteidigungsministerium diese niederschwellige Aufrüstung im Hinblick auf den näher rückenden Abzug der internationalen Truppen wieder unter Kontrolle bringen kann.⁵⁷

www.google.com/hostednews/afp/article/ALEqM5j1Qehq73d210LHPP9gxCOMz4wKBQ?docId=CNG.3fb2707fccb401fc18b62956238c64e4.3c1.

⁵¹ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. 33–35.

⁵² Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011.

⁵³ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iv–v, 24, 35 und 38–39; Zeit Online, Zahl getöteter Zivilisten erreicht Höchststand, 9. März 2011: www.zeit.de. Im Juni 2010 hat die NATO Guidelines publiziert, die den truppenstellenden Ländern einen Leitfaden zur Handhabung von Kompensationszahlungen vorschlagen. Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011, www.amnesty.de/jahresbericht/2011/afghanistan.

⁵⁴ Jones, Seth G., In the Graveyard of Empires, New York 2010, S. 129–131; Welt Online, Warum hofiert Westerswelle einen Kriegsfürsten?, 22. Juli 2011: www.welt.de; NZZ Online, Halbbruder von Präsident Karzai getötet, 13. Juli 2011: www.nzz.ch.

⁵⁵ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. v, 40–45; CRA, 15. April 2011, S. 43–44. Das Programm der ALP folgte dem *Afghan Provincial Protection Program*, welches in der Provinz Wardak durchgeführt wurde. Gemäss Angaben des Afghanistan-Experten Thomas Ruttig weiss niemand genau, wie viele ALP-Kämpfer es gibt und wie viele ehemalige Angehörige der Taliban sich darunter befinden. Gemäss Angaben des CSR wird die ALP in den Provinzen Dai Kundi, Herat, Paktika, Paktia, Uruzgan, Kunduz und Farah eingesetzt.

⁵⁶ Taz.de, Ex-Taliban werden zu Hilfspolizisten, 10. Januar 2011: www.taz.de.

⁵⁷ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 3; AIHRC, Executive Summary of Annual Report: <http://aihrc.afghanistan.af/en/News/850>; Taz.de, Ex-Taliban werden zu Hilfspolizisten, 10. Januar 2011: www.taz.de/!64001/.

Sicherheit und Drogenhandel. 2011 ist der Preis für Opium rasant in die Höhe geschossen und beträgt bis zu 522 US-Dollar pro Kilo. Die regierungsfeindlichen Gruppierungen werden ihre Einnahmen aus der Drogenwirtschaft dementsprechend steigern können.⁵⁸ Das Büro für Drogen und Kriminalität der UNO geht wegen des hohen Opiumpreises für 2011 von einem massiven Anstieg des Opiumanbaus im Norden und Nordosten des Landes, insbesondere in den Provinzen Badakhshan, Baghlan und Faryab, aus. Im ganzen Land werde der Drogenanbau insgesamt jedoch leicht sinken.⁵⁹ Die Zahl der drogenabhängigen Personen steigt dagegen weiter an.⁶⁰

In den Provinzen Paktya, Paktika, Khost und Ghazni hat sich die Sicherheitslage 2010 am rasantesten und in sechs der zehn nördlichen Provinzen überdurchschnittlich verschlechtert. Ausser in den östlichen Regionen nahm die Anzahl getöteter Zivilisten in allen Regionen des Landes massiv zu.⁶¹

Osten und Süden. Den internationalen Sicherheitskräften ist es zwar gelungen, im Süden gewisse Erfolge zu verbuchen, die Sicherheitslage verschlechterte sich dennoch, insbesondere in Kandahar, massiv. Allein zwischen Juni und Mitte September 2010 wurden wöchentlich 21 Ermordungen registriert.⁶² Angehörigen regierungsfeindlicher Gruppierungen ist es gelungen, in Kandahar sowie in Uruzgan wichtige Schlüsselfiguren der Regierung auszuschalten. Neben dem chronischen Mangel an Unterstützung und Entwicklungshilfe im Süden des Landes gefährdet auch die im Juli 2011 erfolgte Verantwortungsübergabe von Lashkar Gah an die afghanischen Sicherheitskräfte die hart erkämpften militärischen Erfolge.⁶³ Die UNO hatte im Juni 2011 in und um Kandahar nur zu fünf von 55 Distrikten Zugang.⁶⁴

Norden. Die Lage im Norden Afghanistans eskalierte 2010 und 2011 erneut. Bereits Ende 2008 zeigten gemäss Angaben von Antonio Giustozzi fast alle nördlichen Provinzen Zeichen von Infiltration durch regierungsfeindliche Gruppierungen (mit Ausnahme von Samangan und Panjshir).⁶⁵ Prekär ist die Lage insbesondere in den Provinzen Kunduz, Baghlan und Takhar. Neben den Taliban tragen die Aktivitäten der Hezb-e Islami, des Haqqani-Netzwerks, der Al Kaida sowie der islamistischen Bewegung von Usbekistan zur Unsicherheit der Lage bei. Zudem gibt es Hinweise, dass in Nordafghanistan Bewohner tadschikischer Gebiete sowie Führer ethnischer Minoritäten Waffen anschaffen, um gegen allfällige zukünftige Missbräuche der Taliban vorgehen zu können.⁶⁶

⁵⁸ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 5, 27–29.

⁵⁹ United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), Afghanistan – Opium Survey 2011, April 2011.

⁶⁰ Tolonews, The number of drug addicts in the western Herat city has risen to over 70'000, provincial officials say, 13. April 2011: <http://tolonews.org>.

⁶¹ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 12–13; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. ii.

⁶² UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 7–8; NZZ, Fortschritte der Nato in Afghanistan, 30. April 2011, S. 7; Stern.de, Selbstmordattentäter tötet mehrere US-Soldaten in Südafghanistan, 8. Februar 2011: www.stern.de.

⁶³ ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 9 und 24; UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4. Siehe auch Fussnote 6.

⁶⁴ UN Security Council, The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security – Report of the Secretary-General, 23. Juni 2011, S. 10–11: http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/reliefweb_pdf/node-423119.pdf.

⁶⁵ Antonio Giustozzi, The neo-Taliban, 11. Dezember 2008.

⁶⁶ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 35; IDMC, Afghanistan – Armed conflict forces increasing numbers of Afghans to flee their homes, 11. April 2011, S. 23: [www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/3E5B840FE3A6D72BC125786F003FF157/\\$file/Afghanistan+-+April+2011.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/3E5B840FE3A6D72BC125786F003FF157/$file/Afghanistan+-+April+2011.pdf); NZZ, Selbstmordanschlag in Nordafghanistan, 30. Mai 2011, S. 3;

Westen. Zahlreiche Angehörige regierungsfeindlicher Gruppierungen zogen sich aus dem Krieg im Süden des Landes zurück und wichen in den zuvor relativ sicheren Westen Afghanistans, insbesondere in die Provinzen Herat, Farah und Ghor, aus. Im Juni 2011 wurden in der Provinz Herat so viele Anschläge verzeichnet wie kaum je. Besorgniserregend ist dies, weil Herat zu den sieben Regionen gehört, die im Juli 2011 von den ISAF den afghanischen Sicherheitskräften übergeben wurde.⁶⁷

Kabul und Zentrum. Angehörigen regierungsfeindlicher Gruppierungen ist es auch 2010 und 2011 gelungen, in der Hauptstadt des Landes spektakuläre Anschläge durchzuführen. Zudem gibt es regelmässig Berichte über Anschläge, Entführungen, Ermordungen und Plünderungen durch Angehörige der Taliban, der Hezb-e Islami und krimineller Gruppen. Gemäss dem UNO-Sicherheitsrat hatte die UNO in Zentralafghanistan im Juni 2011 nur zu 39 von 111 Distrikten Zugang. Die Sicherheitslage der vorher als relativ stabil geltenden, mehrheitlich von Hazara bewohnten Gebiete wie Jaghatu, Jaghori und Malistan in der Provinz Ghazni, inklusive des Zugangs zu Verbindungsstrassen, hat sich verschlechtert. Weite Strecken der Kabul-Kandahar-Strasse befinden sich unter der Kontrolle der Taliban.⁶⁸

Regionalmächte. Obamas Ankündigung des beginnenden Truppenrückzugs 2011 hat zu einem Konkurrenzkampf der Regionalmächte um Einflussmöglichkeiten auf eine künftige afghanische Regierung geführt.⁶⁹ Pakistan weigert sich hartnäckig, seine Einflussmöglichkeiten in Afghanistan aufzugeben, und ist nicht an einem Friedensschluss interessiert. Pakistan beherbergt weiterhin die Führerfiguren der Taliban sowie des Haqqani-Netzwerks, welche von pakistanischem Territorium aus ihre Operationen in Afghanistan planen. Dass Pakistan bei der Bekämpfung der islamistischen Organisationen kein zuverlässiger Partner ist, zeigte sich erneut bei der gezielten Ermordung Osama Bin Ladens.⁷⁰ Auch der Iran nimmt im Konflikt eine zweischneidige Rolle ein.⁷¹ Nur die Rolle Indiens wird als konstruktiv gewertet.⁷²

Aussicht. Vieles deutet darauf hin, dass die regierungsfeindlichen Gruppierungen ihre Anschläge weiter intensivieren, um sich in eine gute Ausgangsposition für eine

Tagesanzeiger.ch, 28 Zivilisten sterben bei Anschlag in Afghanistan, 21. Februar 2011: www.tagesanzeiger.ch; ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 19; CRA, 15. April 2011, S. 45.

⁶⁷ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 13; ANSO, The ANSO Report 16–30 June 2011, Juli 2011, S. 1: www.afgnso.org; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. 9; NZZ, Tote bei Anschlägen in Herat, 31. Mai 2011, S. 3; Tagesanzeiger.ch, Taliban greifen Italiener an, 30. Mai 2011: www.tagesanzeiger.ch.

⁶⁸ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 31; IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 26–27; UN Security Council, 23. Juni 2011, S. 10–11.

⁶⁹ CRA, 15. April 2011, S. 48–49; Frankfurter Rundschau, Interview mit Taliban-Experte Rashid – Die Deutschen wissen nicht was los ist, 2. Dezember 2010: www.fr-online.de.

⁷⁰ CRA, 15. April 2011, S. 34, 51–53; NZZ, Die Taliban sind weder geschwächt noch kompromissbereit, 4. Mai 2011, S. 3.

⁷¹ Iran versucht, im Westen des Landes seinen traditionellen Einfluss zu untermauern sowie den schiitischen Bevölkerungsanteil zu schützen, unterhält aber auch gute Beziehungen zur afghanischen Regierung und leistet Hilfe im Wiederaufbau des Landes. Gleichzeitig unterstützt Iran jedoch auch die Taliban. Für Schlagzeilen sorgte im März 2011 beispielsweise eine Lieferung von 48 hochmodernen Kurzstreckenraketen (122-Millimeter-Raketen mit einer Reichweite von ca. 20 Kilometern) der iranischen Revolutionsgarden an die Taliban. ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 23; CRA, 15. April 2011, S. 53–56; Tagesanzeiger.ch, Iran soll Taliban mit Raketen beliefert haben, 10. März 2011: www.tagesanzeiger.ch; Spiegel Online, Irans Revolutionsgarde liefert Raketen an die Taliban, 10. März 2011: www.spiegel.de.

⁷² CRA, 15. April 2011, S. 56–57; Tolo News, Afghanistan-India Strategic Consultation Programme Agreed, 9. Januar 2011: <http://tolonews.com>.

Beteiligung an der Macht zu bringen.⁷³ ANSO erwartete mit dem näher rückenden Abzugstermin der internationalen Streitkräfte zudem stetig ansteigende interne Machtkämpfe, da auch lokale Machthaber versuchen werden, sich in eine möglichst gute Ausgangsposition zu bringen. Die regierungsfeindlichen Gruppierungen werden mit ihrer Strategie versuchen, diese Machtkämpfe noch zu schüren. Experten halten einen Bürgerkrieg nach dem Abzug der Streitkräfte für wahrscheinlich.⁷⁴

4 Verfassung und Justizsystem

Gemäss Untersuchungen der *International Crisis Group* hat noch immer die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung kaum oder keinen Zugang zu juristischen Institutionen. Das afghanische Justizwesen befindet sich zehn Jahre nach dem Fall des Talibanregimes in einem desolaten Zustand. Die fehlende Rechtsstaatlichkeit und die ausbleibende Gerechtigkeit bilden weiterhin die Hauptschwäche des Justizwesens. Funktionierende Gerichte sind im ganzen Land rar. Gemäss dem *UNHCR* fallen die Gerichtsverfahren weit unter dem internationalen Standard aus.⁷⁵ Die chronische Unterfinanzierung des ganzen Sektors, Richter, die über keine angemessene Ausbildung verfügen und deren Urteile auf ihrem persönlichen Verständnis von Shari'a, Stammesgesetzen und lokalen Traditionen basieren, die fehlende Unabhängigkeit der Richter aufgrund massiver Korruption und der Druck seitens lokaler Machthaber oder Familienangehöriger führen dazu, dass die afghanische Bevölkerung dem Justizwesen tiefes Misstrauen entgegenbringt.⁷⁶ Gemäss einer Umfrage vom Juli 2011 betrachtet die afghanische Bevölkerung das Justizsystem als die korrupteste Institution des Landes. Ein wachsender Teil der Bevölkerung sieht sich gezwungen, sich der harschen Justiz der Taliban oder lokaler Machthaber zu unterwerfen.⁷⁷

Gemäss Angaben des *US Department of State* sowie *Amnesty International* kommt es weiterhin zu willkürlichen Festnahmen, unverhältnismässig langen Haftzeiten, durch Folter und Misshandlungen erzwungenen «Geständnissen», extralegalen Hinrichtungen, aber auch Verurteilungen wegen «moralischer» Vergehen, die in keinem Strafgesetzbuch aufgeführt werden. Der Zugang zu einem juristischen Beistand ist nicht gewährleistet, und die Zeit für den Aufbau der Verteidigung ist oft zu kurz, die Beweise sind dürftig. Traditionelle Streitbeilegungsmechanismen diskriminieren Frauen und stellen in Bezug auf das in der Verfassung verankerte Recht auf gleiche Behandlung ein gravierendes Problem dar.⁷⁸

⁷³ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 36; ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 1; NZZ, Immer mehr zivile Opfer in Afghanistan, 12. März 2011, S. 11.

⁷⁴ ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 1; NZZ, Der geplante Abzug verunsichert die Afghanen zutiefst, 25. Juni 2011, S. 5.

⁷⁵ International Crisis Group, Reforming Afghanistan's broken Judiciary, Asia Report No. 195, 17. November 2010, S. i: www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/195%20Reforming%20Afghanistans%20Broken%20Judiciary.pdf; Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4–5.

⁷⁶ US Department of State, 8. April 2011, S. 1 und 8. Die meisten Richter verfügen nur über einen Abschluss einer Religionsschule in Shari'a-Recht, nicht jedoch einer sekulären Rechtsschule. Zudem fehlt es insbesondere in unsicheren Gebieten an Richtern. Siehe auch ICG, Reforming Afghanistan's Broken Judiciary, S. 14.

⁷⁷ International Crisis Group, Reforming Afghanistan's broken Judiciary, S. i und 1.

⁷⁸ US Department of State, 8. April 2011, S. 1, 5, 6, 8 und 9; Amnesty International, Amnesty Report 2011, 2011; Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011.

Gemäss der *International Crisis Group* gibt es keine Anzeichen dafür, dass die afghanische Regierung über genügend Geld oder den politischen Willen verfügt, die Herausforderungen im Justizwesen anzugehen.⁷⁹

Sippenhaft. Nach wie vor inhaftieren Behörden Angehörige von Personen, die eines Vergehens verdächtigt werden.⁸⁰

Taliban. Die Taliban haben in Afghanistan ein parallelstaatliches Rechtssystem aufgebaut. In den meisten afghanischen Provinzen setzen sie neben Schattengouverneuren auch Schattenrichter und Polizeichefs ein.⁸¹ Die Taliban haben auch 2010 eigene «Prozesse» abgehalten und unzählige Menschen, insbesondere im Süden und Osten des Landes, wegen Spionage für die Regierung oder die internationalen Truppen verurteilt, enthauptet oder gehängt. Filmaufnahmen von einigen «Prozessen» und «Bestrafungen» wurden ins Internet gestellt.⁸²

Todesstrafe. Gemäss *Amnesty International* wurden 2010 mindestens 100 Menschen zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof hat die Urteile bestätigt.⁸³

Haftbedingungen. Die meisten Gefängnisse sind massiv überbelegt. Sanitäre Einrichtungen, Nahrungsmittel sowie der Zugang zu Trinkwasser, Heizungen oder Klimaanlage und Decken sind ungenügend. Ansteckende Krankheiten sind in Hafteinrichtungen verbreitet. Gemäss *US Department of State* gibt es Hinweise auf Folter und Missbräuche von Gefangenen in Gefängniseinrichtungen des Innenministeriums sowie des *National Directorate of Security (NDS)*. Der *UK High Court* entschied daher am 25. Juni 2010, dass Transfers von Gefangenen an den NDS unrechtmässig seien. Weibliche Gefangene sollen 2010 von Polizisten vergewaltigt und Kinder in Haftanstalten oder Waisenhäusern physisch missbraucht worden sein. In Kunduz wurde eine spezielle Einrichtung für Kinder über fünf Jahre geschaffen, deren Mütter im Gefängnis sind.⁸⁴

Bagram. Gemäss Angaben von *Human Rights Watch* hat sich die Anzahl der von den USA festgehaltenen Personen fast verdoppelt und ist auf über 1000 Personen

⁷⁹ International Crisis Group, *Reforming Afghanistan's broken Judiciary*, 17. November 2010, S. i.

⁸⁰ US Department of State, 8. April 2011, S. 10.

⁸¹ US Department of State, 8. April 2011, S. 8; Tagesanzeiger.ch, «Schattengouverneur der Taliban» tot, 2. Januar 2011: www.tagesanzeiger.ch.

⁸² UNAMA und AIHRC, *Annual Report 2010*, März 2011, S. 14–15. Im August 2010 verurteilten und steinigten Angehörige der Taliban in Kunduz ein Pärchen wegen ausserehelichem Sex. Im Januar 2011 tauchte im Internet ein Video auf, welches zwei lokale Mullahs bei der Aussprache der Schuldsprüche zeigt. Auf dem Video ist zudem die Steinigung der Frau und des Mannes in voller Länge zu sehen. Das Video ermöglichte die Identifizierung sowie Strafverfolgung der Täter. Welt Online, Taliban-Video zeigt Steinigung in Kunduz, 28. Januar 2011: www.welt.de; AFP, Mutmasslicher Taliban-Henker in Afghanistan gefasst, 12. April 2011: www.google.com/hostednews/afp/article/ALEqM5gOk_2mBvA4U3DjcoDwUCK_HAA0_w?docId=CNG.02169c4b2debd77c1556e3b4abc31976.b1. Am 9. August 2010 verurteilten die Taliban Sanam Bibi in einem öffentlichen Prozess wegen Ehebrechens im Distrikt Qadis der Provinz Badhis. Der lokale Taliban-Kommandierende Mohammad Yousuf peitschte die Frau öffentlich 200 Mal aus und schoss ihr dann drei Mal in den Kopf. Der Mann konnte sich dagegen freikaufen. Am 15. August 2010 ordneten die Taliban die öffentliche Steinigung einer Frau und eines Mannes in der Provinz Kunduz an. Im Oktober 2010 erschossen die Taliban in Ghazni eine Frau, die angeblich ihre Schwiegermutter ermordet haben soll. US Department of State, 8. April 2011, S. 2.

⁸³ Amnesty International, *Amnesty Report 2011*, 2011.

⁸⁴ US Department of State, 8. April 2011, S. 2–5; UNHCR, *Eligibility Guidelines*, 17. Dezember 2010, S. 17.

angestiegen. Trotz einiger prozeduralen Verbesserungen erhalten Gefangene noch immer keinen adäquaten Prozess und keine juristische Vertretung.⁸⁵

5 Menschenrechtslage: Gefährdungsprofile

Zu den durch staatliche, nicht-staatliche sowie internationale Akteure auch 2011 speziell gefährdeten Menschen zählen folgende Personengruppen:

Frauen. Gemäss Studie der *Thomson-Reuters-Stiftung* ist Afghanistan 2011 für Frauen der riskanteste Ort der Welt, da Frauen sowohl von Armut, Gewalt und schlechter medizinischer Versorgung betroffen sind.⁸⁶ Frauen, die sich im öffentlichen Leben organisieren oder sich für die Rechte der Frauen einsetzen, werden sowohl von den staatlichen Behörden diskriminiert als auch von regierungsfeindlichen Gruppierungen und konservativen Machthabern bedroht, eingeschüchtert und gezielt getötet. Die Justiz untersucht gegen Frauen gerichtete Gewalttaten kaum, was die Lage der Frauen zusätzlich dramatisch verschlechtert. Gemäss dem *UNHCR* waren die Behörden nicht willig oder fähig, das Gesetz zur Eliminierung der Gewalt gegen Frauen umzusetzen.⁸⁷ Der Oberste Gerichtshof entschied 2010, dass das «Wegrennen von Zuhause» eine Straftat darstellt. Konservative Politiker haben zudem versucht, Frauenhäuser als «unafghanische» Elemente zu verstaatlichen oder zumindest der Kontrolle des Staates zu unterwerfen.⁸⁸

Trotz des neuen Gesetzes, welches auch Vergewaltigung in der Ehe als Straftat ausgibt, bleibt sexuelle Gewalt an Frauen weit verbreitet. Frauen werden Opfer von Zwangsheiraten, Ehrenmorden, Vergewaltigung, Entführung, Zwangsabtreibung und häuslicher Gewalt. Weiterhin werden Frauen und Mädchen zur Schlichtung von Konflikten oder zur Begleichung von Schulden benutzt.⁸⁹ 2010 wurden 1891 Fälle von Gewalt gegen Frauen registriert. Gemäss Angaben der *Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC)* hat die familiäre Gewalt gegen Frauen in Afghanistan 2011 noch zugenommen: Allein von Januar bis März 2011 wurden der *AIHRC* 868 Fälle gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte jedoch einiges höher liegen, da Frauen aufgrund der sozialen Tabus Gewalttaten oft nicht anzuzeigen wagen.⁹⁰ Alleinstehende Frauen können nur schwer überleben und für sich und ihre Kinder sorgen.⁹¹ Aufgrund der Ausbreitung des Konfliktes hatten 2010 zudem noch weniger Frauen und Kinder Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. In den von den Taliban kontrollierten Gebieten sehen sich Frauen mit der rigiden Auslegung der Shari'a konfrontiert, welche die Rechte der Frauen massiv einschränkt.⁹²

⁸⁵ Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 16.

⁸⁶ Welt Online, Riskante Lebensorte für Frauen, 16. Juni 2011: www.welt.de.

⁸⁷ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 11–12 und 20–25.

⁸⁸ Vizepräsident Mohammed Fahim bezeichnete Frauenhäuser gar als Bordelle. Zeit Online, Frauenhäuser sind den Konservativen ein Dorn im Auge, 22. Februar 2011: www.zeit.de.

⁸⁹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 20–25.

⁹⁰ Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011; Tolo News, AIHRC Concerned Over Mounting Violence Against Afghan Women, 31. März 2011: <http://tolonews.com>.

⁹¹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 20–25.

⁹² UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. ii.

Kinder. Zahlreiche Kinder werden in Afghanistan Opfer des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung oder für Zwangsarbeiten. Weiter werden Kinder für den Drogenschmuggel und -handel in Pakistan und Iran rekrutiert. Knaben werden zudem oft Opfer des sogenannten «bache bazi» (Knaben, die quasi als Sklaven von mächtigen Männern gehalten werden), welches insbesondere im Norden des Landes relativ akzeptiert ist. Die lokalen Autoritäten dulden diese Aktivitäten meist stillschweigend oder schützen gar die Täter. Obwohl die afghanische Regierung inzwischen auf die Problematik sensibilisiert ist, kam es bisher zu keinen Verurteilungen im Rahmen des Menschenhandels.⁹³

Regierungsfeindliche Gruppierungen wie die Taliban, das Haqqani-Netzwerk, Hezbe-Islami, die Tora Bora Military Front und die Jamiat Sunat al-Dawa Salafia sollen Kinder weiterhin zwangsrekrutiert haben. Die Kinder werden entführt, in Pakistan militärisch ausgebildet und immer öfter auch als Selbstmordattentäter eingesetzt.⁹⁴ Gemäss dem *US Department of State* sollen aber auch die afghanischen Sicherheitskräfte, trotz Unterzeichnung des *Action plan to halt the use and recruitment of children into the Afghan National Security Forces* am 30. Januar 2011, weiterhin minderjährige Kinder für militärische Zwecke rekrutiert haben. Zudem sei es in den Afghan National Security Forces (ANSF) zu sexuellen Übergriffen an Kindern gekommen.⁹⁵

Mitarbeitende von nationalen und internationalen Organisationen. Mitarbeitende von Hilfswerken und der UNO, MenschenrechtsaktivistInnen, Strassenbauarbeiter⁹⁶ sowie insbesondere auch Übersetzer und in der Minenräumung⁹⁷ tätige Personen wurden auch 2010 von regierungsfeindlichen Gruppierungen und kriminellen Netzwerken bedroht, entführt oder gezielt ermordet. Inzwischen werden solche Vorfälle nicht mehr nur in südlichen und östlichen Provinzen verzeichnet, sondern auch im Norden und in bisher als sicher eingestuften Provinzen. Gemäss Angaben von *Human Rights Watch* werden in Afghanistan jährlich geschätzte 450 Personen entführt.⁹⁸

JournalistInnen. Kritische Journalisten werden nicht nur von der afghanischen Regierung willkürlich festgenommen, sondern auch von regierungsfeindlichen Gruppie-

⁹³ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 28; US Department of State, 2011 Trafficking in Persons Report – Afghanistan, 27. Juni 2011: www.unhcr.org/refworld/docid/4e12ee9dc.html; AIHRC, Summary Report on Investigation of Causes and Factors of Trafficking in Women and Children, Juli 2011: www.unhcr.org/refworld/docid/4e1d57012.html.

⁹⁴ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 25–27; NZZ Online, In manchen Kriegen verändert sich die abscheuliche Rolle von Kindersoldaten, 22. Februar 2011: www.nzz.ch; Tagesanzeiger.ch, Ein paar Tausender für eine 8-jährige Selbstmordattentäterin, 27. Juni 2011: www.tagesanzeiger.ch. Siehe auch Financial Times Deutschland, Taliban stürmen Militärkrankenhaus und Polizeiwache, 22. Mai 2011: www.ftd.de; Zeit Online, Radikale rüsten Kind als Selbstmordattentäter aus, 21. Mai 2011: www.zeit.de.

⁹⁵ US Department of State, 8. April 2011, S. 3 und 13; UNAMA, Afghanistan signs Landmark Agreement to Prevent the Recruitment and use of Children in the Armed Forces, 30. Januar 2011: <http://unama.unmissions.org>.

⁹⁶ NZZ Online, Taliban in Afghanistan erschossen mindestens 35 Bauarbeiter, 19. Mai 2011: www.nzz.ch; Tolonews, Taliban Kill 35 Construction Workers in Paktia, 19. Mai 2011: <http://tolonews.com>.

⁹⁷ UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iii; Focus Online, Militante Taliban entführen Minensuchteam, 1. Dezember 2010: www.focus.de; RP Online, Sieben Geiseln in Afghanistan enthauptet, 10. Juli 2011: www.rp-online.de.

⁹⁸ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4, 7–8, 12–13; ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 5–9; Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; US Department of State, 8. April 2011, S. 13.

rungen, lokalen Machthabern und Milizen bedroht, eingeschüchtert, entführt oder gezielt umgebracht. Die objektive Berichterstattung wird zudem dadurch erschwert, dass zahlreiche Medien mit einflussreichen politischen Persönlichkeiten oder Stammesführern verlinkt sind. In den letzten Jahren kam es auch zu strafrechtlicher Verfolgung wegen «unislamischer» Berichterstattung. Die Selbstzensur der Journalisten nimmt stetig zu.⁹⁹

Im Gesundheitswesen tätige Personen. Gesundheitseinrichtungen sowie Ärzte und Pflegepersonal gehören weiterhin zu den Zielen regierungsfeindlicher Gruppierungen. Gemäss dem *IKRK* ist Gewalt gegen das Personal im Gesundheitswesen verbreitet. Personen wurden bedroht, eingeschüchtert und angegriffen. Zahlreiche Personen wurden entführt, um Lösegeld freizupressen oder um Verletzte an der Front zu behandeln.¹⁰⁰

Lehrkräfte und SchülerInnen. Gemäss Angaben des afghanischen Erziehungsministeriums kam es 2010 in 20 Schulen zu Bomben- oder Säureangriffen; 126 Lernende wurden umgebracht. In den Provinzen Kabul, Wardak, Logar, Khost, Laghman, Kunar und Nangarhar haben Angriffe auf SchülerInnen und Lehrkräfte stark zugenommen. Auch Gebiete wie Takhar und Badakhshan, die vorher als stabil galten, sind inzwischen betroffen.¹⁰¹

Regierungsbeamte. Die Taliban haben 2010 ihre Angriffe auf Regierungsbeamte intensiviert und deren Ermordung auch zu einem ihrer Hauptziele der Frühjahrsoffensive 2011 erklärt. Nach Angaben von *UNAMA* und *AIHRC* wurden 2010 mindestens 140 Regierungsbeamte getötet. Am 28. Mai 2011 gelang den Taliban mit der Ermordung von General Daud Daud die Ermordung des höchstrangigen Regierungsbeamten. Anfang Mai 2011 verübten regierungsfeindliche Gruppierungen in Kandahar eine Angriffsserie auf Regierungsgebäude und im Juli 2011 auf Schlüsselfiguren in Kandahar.¹⁰²

Personen der Polizei- und Sicherheitskräfte. Seit Frühjahr 2011 führen die Taliban eine regelrechte Kampagne zur Ermordung afghanischer Sicherheitskräfte durch. Betroffen sind insbesondere Polizisten sowie Rekruten und Angehörige des Geheimdienstes. Ziel der Kampagne ist die Einschüchterung rekrutierungswilliger Männer und damit die Behinderung der von der internationalen Staatengemeinschaft in rasantem Tempo vorangetriebenen Ausweitung der ANSF.¹⁰³

⁹⁹ Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 13–15; Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011.

¹⁰⁰ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4, 7; ANSO, ANSO Quarterly Data Report: Jan. 1st–Dec 31st 2010, Januar 2011, S. 9; ICRC, Health Care in Danger – Making the Case, August 2011, S. 15, 18 und 19: www.icrc.org/eng/assets/files/publications/icrc-002-4072.pdf.

¹⁰¹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4, 7, 26; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iii und 12; Human Rights Watch (HRW), World Report 2011, 24. Januar 2011; US Department of State, 8. April 2011, S. 11. Zu den von regierungsfeindlichen Gruppierungen und konservativen Elementen benutzten Methoden gehören die Einschüchterung durch «Shab namehs» (Drohbriefe), das Legen von improvisierten Sprengsätzen in Schulen, physische Angriffe, das Bewerfen mit Säure sowie gezielte Tötungen.

¹⁰² UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 7–10; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. 12–13; NZZ, Selbstmordanschlag in Nordafghanistan, 30. Mai 2011, S. 3; Tagesanzeiger.ch, Raketenanschlag verfehlt afghanische Minister knapp, 15. Juni 2011: www.tagesanzeiger.ch; Stern.de, Mindestens zwei Tote und 29 Verletzte bei Attacken in Afghanistan, 9. Mai 2011: www.stern.de.

¹⁰³ NZZ Online, Taliban verüben Anschläge auf Geheimdienst, 12. Januar 2011: www.nzz.ch; Focus Online, Selbstmordattentäter tötet Polizeichef von Kunduz, 11. März 2011: www.focus.de;

Angehörige ethnischer Minderheiten. Ethnische Minderheiten sehen sich mit Diskriminierungen beim Zugang zu Dienstleistungen und Arbeitsstellen konfrontiert und müssen mit willkürlichen Festnahmen, Gewalt- und Racheakten rechnen. Zu Spannungen führen insbesondere Fragen in Bezug auf Land-, Wasser- und Weiderechte.¹⁰⁴ Bei einer allfälligen Einbindung der Taliban in die Regierung fürchten ethnische Minoritäten Übergriffe seitens der Taliban.¹⁰⁵ Die Zugehörigkeit zu einer Ethnie gewinnt in verschiedenen Lebensbereichen wieder an Bedeutung.¹⁰⁶

Gemässigte Geistliche und Stammesführer. Stammes- und geistliche Führer, welche als regierungsfreundlich betrachtet werden, wurden weiterhin Opfer gezielter Anschläge. Gemäss Angaben von *UNAMA* und *AHRC* wurden 2010 mindestens 42 Stammesälteste und 25 Rats- oder Shuramitglieder, gemäss *US Department of State* auch mindestens 37 Geistliche, getötet.¹⁰⁷

KonvertitInnen. Konversion wird als Apostasie betrachtet und mit dem Tode bestraft. KonvertitInnen können ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Sie werden oft sozial isoliert und selbst von der Familie unter Druck gesetzt oder ausgestossen. Nach der im Fernsehen ausgestrahlten Taufe konvertierter afghanischer ChristInnen im Mai 2010 wurden mehrere Personen vom NDS festgenommen. NGOs mit religiösem Hintergrund mussten ihre Arbeit vorübergehend einstellen.¹⁰⁸

Hindus, Sikhs und Angehörige der Baha'i. Hindus, Sikhs und Angehörige der Baha'i sehen sich in Afghanistan mit Diskriminierung, Einschüchterung und teilweise auch mit gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Hindus und Sikhs verfügen nach wie vor über kein Land für ihre Verbrennungsrituale. Zudem haben sie Probleme, konfisziertes Land zurückzuerhalten.¹⁰⁹

Homosexuelle. Homosexualität wird in Afghanistan mit dem Tode bestraft. Homosexuelle müssen mit Verfolgung durch die eigene Familie, Gemeindemitglieder und regierungsfeindliche Gruppierungen rechnen.¹¹⁰

Tagesanzeiger.ch, Taliban verschleppen afghanische Polizisten, 27. März 2011: www.tagesanzeiger.ch; Spiegel Online, Extremisten attackieren Polizeistation mit Panzerfäusten, 7. April 2011: www.spiegel.de; Focus Online, Selbstmordattentäter tötet Polizeichef von Kandahar, 15. April 2011: www.focus.de; Financial Times Deutschland, Taliban stürmen Militärkrankenhaus und Polizeiwache, 22. Mai 2011: www.ftd.de; Reuters, Geheimdienstler in Afghanistan durch Bombe getötet, 4. August 2011: <http://de.reuters.com>.

¹⁰⁴ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 29–32. Ein Beispiel stellen im Norden lebende Paschtunen dar. Gemäss Berichten sollen im Distrikt Kajran, Provinz Daykundi, regierungsfeindliche Gruppierungen Propaganda gegen Hazara und Schiiten betrieben haben. Auch zwischen Hazara und den Kuchi-Nomaden eskalieren Konflikte jedes Jahr erneut.

¹⁰⁵ Minority Rights Group International, 6. Juli 2011. Im Juni 2011 enthaupteten die Taliban in der Provinz Uruzgan beispielsweise 11 Hazara.

¹⁰⁶ Die ethnische Zugehörigkeit spielte sowohl im Rahmen der Parlamentswahlen als auch für die Zusammensetzung des Parlaments eine wichtige Rolle. Zudem versuchen auch die regierungsfeindlichen Gruppierungen, ethnische Spannungen gezielt zu schüren.

¹⁰⁷ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 4, 7, 10; UNAMA und AHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. iii; US Department of State, 8. April 2011, S. 13; NZZ, Stammesführer in Afghanistan getötet, 11. April 2011, S. 2; NZZ Online, Viele Tote bei Selbstmordanschlag in Afghanistan, 14. April 2011: www.nzz.ch.

¹⁰⁸ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 18–20; Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011. Der Ende Mai 2010 festgenommene Musa Saied wurde im Februar 2011 nach intensiven diplomatischen Bemühungen aufgrund mangelnder Beweislage freigelassen. Er hat Afghanistan am 21. Februar 2011 verlassen. Sein Aufenthaltsort bleibt vertraulich. NZZ, Konvertierter Afghane wieder frei, 26. Februar 2011, S. 2.

¹⁰⁹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 18–20; IWPR, Afghan Sikhs and Hindus Face Discrimination at School, 28. Juli 2011: www.unhcr.org.

¹¹⁰ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 19, 28–29.

Blutrache. Personen können aufgrund ihrer Familienzugehörigkeit oder ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe in eine Blutrache involviert oder Zielgruppe einer Blutrache sein. Eine Lösung des Konflikts durch die Justiz wird meist von den betroffenen Personen nicht anerkannt.¹¹¹

Ehemalige Angehörige der Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA)/ Regierung. Ehemals hochrangige DVPA-Mitglieder, die früher Menschenrechtsverbrechen begangen haben, müssen mit Verfolgung seitens betroffener Opfer rechnen.¹¹²

6 Sozioökonomische und medizinische Lage

Afghanistan gehört nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.¹¹³ Gemäss *Amnesty International* haben insbesondere in ländlichen Gebieten die meisten Menschen kaum oder keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen und humanitärer Hilfe. Harte Winter, Dürren und Überschwemmungen verschärfen die Lage zusätzlich. Aufgrund der andauernden Gewalt, der politischen Instabilität sowie der extremen Armut und den zahlreichen Naturkatastrophen befindet sich das Land in einer humanitären Notlage.¹¹⁴

Zugang zu Arbeit. Die Arbeitslosenrate in Afghanistan beträgt rund 40 Prozent. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt von weniger als 25 US-Dollar pro Monat, welche zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig sind. Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt etwa 35 US-Dollar – in scharfem Gegensatz dazu stehen die geschätzten 300 US-Dollar, welche die Taliban ihren Kämpfern monatlich bezahlen.¹¹⁵ Wegen der weit verbreiteten Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung in Afghanistan können viele Menschen nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen.¹¹⁶ In Afghanistan besteht ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften, so beispielsweise im mittleren Management oder in der Buchhaltung.¹¹⁷

Zugang zu Unterkünften. Die Zerstörung von Wohnhäusern während des Krieges, aber auch die andauernden Militäroperationen, Naturkatastrophen sowie die illegale Besetzung von Häusern durch lokale Machthaber oder Kommandierende haben zu Wohnungsknappheit und zu interner Vertreibung geführt.¹¹⁸ Gemäss dem *Mine Action Coordination Center* in Afghanistan verhindert die starke Verminderung weiterer Ge-

¹¹¹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 32–33.

¹¹² UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 42–43.

¹¹³ IPPNW, Es fehlt eine verantwortungsvolle Zukunftsvision für Afghanistan, 27. Januar 2011: www.ippnw.de/presse/presse-2011/artikel/7fda8ae03a/es-fehlt-eine-verantwortungsvolle-z.html; Welthungerhilfe, Landbevölkerung Afghanistans leidet grosse Not, heruntergeladen am 10. August 2011: www.welthungerhilfe.de/818.html.

¹¹⁴ IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 44; Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011: www.amnesty.de/jahresbericht/2011/afghanistan.

¹¹⁵ Amnesty International, Amnesty Report 2011 – Afghanistan, 2011: www.amnesty.de/jahresbericht/2011/afghanistan; FAZ.NET, Die Taliban zahlen besser als die Armee, 23. April 2010: www.faz.net.

¹¹⁶ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 39.

¹¹⁷ CRA, 15. April 2011, S. 61.

¹¹⁸ Norwegian Refugee Council, S. 6, 15. April 2010.

bierte die Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen. 2010 kamen pro Monat 40 Menschen ums Leben. Die meisten Minenopfer sind Rückkehrende und IDPs.¹¹⁹

Zugang zu Trinkwasser und Lebensmittel. Rund zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung haben keinen Zugang zu Trinkwasser.¹²⁰ Neben der desolaten Sicherheitslage in weiten Gebieten des Landes verschärfen wiederkehrende Naturkatastrophen die Lebensmittelknappheit. Gemäss dem UNO-Sicherheitsrat benötigen 2011 rund acht Millionen Einwohner Lebensmittelunterstützung, eine weitere Million Menschen sind auf landwirtschaftliche Nothilfe angewiesen.¹²¹

Zugang zu Bildung. Gemäss afghanischem Bildungsministerium können 2011 lediglich 12 Prozent aller Frauen über 15 Jahre und 43 Prozent der Männer lesen und schreiben. Die Alphabetisierungsrate liegt bei 28 Prozent. Etwa die Hälfte aller Schulen in Afghanistan sind noch immer Provisorien, in denen oft weniger als vier Stunden pro Tag unterrichtet wird. Es fehlt an gut ausgebildetem Lehrpersonal und an geeignetem Lehrmaterial. In den umkämpften Gebieten besteht kein regulärer Schulbetrieb. Etwa fünf Millionen Kinder haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. In einigen Provinzen bleiben bis zu 80 Prozent der Schulen geschlossen, darunter vor allem auch Mädchenschulen. Zudem gibt es in drei Vierteln aller Distrikte noch immer keine weiterführenden Schulen für Mädchen. Der Mädchenbildung in Afghanistan drohen aufgrund der prekären Sicherheitslage, der verbreiteten Zwangsheiraten sowie der Armut erhebliche Rückschritte.¹²²

Zugang zu medizinischer Versorgung. Gemäss Angaben des *Auswärtigen Amtes* besteht weiterhin in weiten Teilen des Landes keine medizinische Versorgung. Die vorhandene medizinische Versorgung wird als völlig unzureichend eingestuft.¹²³ Weite Teile der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Gemäss dem *IKRK* sterben viele Menschen, weil sie auf dem Weg zu Gesundheitseinrichtungen an Checkpoints lange aufgehalten werden.¹²⁴ Gemäss dem UNO-Sicherheitsrat hat Afghanistan weiterhin die höchste Müttersterblichkeitsrate der Welt, und rund ein Fünftel aller Kinder sterben weiterhin vor dem fünften Lebensjahr.¹²⁵

Land. Streitigkeiten um Wasser-, Weide- und Landrechte stellen nach wie vor ein gravierendes Problem dar. Manipulation und politische Einmischung haben dazu geführt, dass zahlreiche Personen ihr Land nicht zurückfordern konnten.¹²⁶ Im Nor-

¹¹⁹ IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 41. Betroffen sind insbesondere Männer und Knaben; US Department of State, 8. April 2011, S. 12.

¹²⁰ IPPNW, Es fehlt eine verantwortungsvolle Zukunftsvision für Afghanistan, 27. Januar 2011: www.ippnw.de/presse/presse-2011/artikel/7fda8ae03a/es-fehlt-eine-verantwortungsvolle-z.html; Welthungerhilfe, Landbevölkerung Afghanistans leidet grosse Not, August 2011.

¹²¹ UN Security Council, The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security – Report of the Secretary-General, 9. März 2011, S. 13: www.ecoi.net/file_upload/1226_1300285687_n1125034.pdf; UN News Centre, Lack of funds threatens UN food aid to millions of vulnerable Afghans, 15. April 2011: www.un.org.

¹²² Deutsche Welle, Studie: Bildung von Mädchen in Afghanistan in Gefahr, 24. Februar 2011: www.dw-world.de; Deutsche Welle, Afghanistans Bildungskrise ist weiblich, 13. April 2011: www.dw-world.de.

¹²³ Auswärtiges Amt, Afghanistan: Reisewarnung, 15. August 2011.

¹²⁴ ICRC, August 2011.

¹²⁵ UN-Security Council, 9. März 2011, S. 14. Gemäss Amnesty International ist es die zweithöchste Sterblichkeitsrate der Welt, Amnesty Report 2011.

¹²⁶ International Crisis Group, Reforming Afghanistan's Broken Judiciary, S. 21–22.

den stellen Landkonflikte die Hauptquelle der Streitigkeiten dar. Im Zentrum des Landes finden diese insbesondere zwischen Milizen der Hazara und Kuchis statt. IDPs, welche versuchen, ihr Land zurückzuerhalten, sind speziell gefährdet, von lokalen Milizen angegriffen zu werden.¹²⁷

7 Rückkehr

Freiwillige Rückkehr. Das *UNHCR* half 2010 rund 118'000 Menschen bei der Rückkehr nach Afghanistan. Fast ein Drittel davon leben in informellen Siedlungen von IDPs. Die hohe Zahl der freiwilligen Rückkehrenden ist mit den sich verschlechternden Bedingungen im Ausland (Überschwemmungen in Pakistan) in Bezug zu setzen und nicht auf eine Verbesserung der Sicherheits- oder sozialen Lage in Afghanistan zurückzuführen.¹²⁸ Gemäss Angaben des *UNHCR* leben in Pakistan noch immer geschätzte 1,7 Millionen afghanische Flüchtlinge und in Iran etwa eine Million.¹²⁹

Situation der Rückkehrenden. Der UNO-Sicherheitsrat schätzt, dass etwa 40 Prozent der Rückkehrenden noch immer Wiedereingliederungshilfe brauchen und dass etwa 28 Prozent noch stark von humanitärer Hilfe abhängig sind. Rückkehrende und IDPs, deren Land unrechtmässig besetzt wurde, sind dem Risiko einer zweiten Vertreibung besonders ausgesetzt. Zudem sind die meisten Minenopfer Rückkehrende oder intern Vertriebene. Auch wenn sich IDPs wirtschaftlich wieder gut integriert haben, bleiben sie meist vom politischen Prozess ausgeschlossen.¹³⁰

Innerstaatliche Fluchtalternative. Gemäss dem *UNHCR* besteht aufgrund der weit verbreiteten Tätigkeitsfelder regierungsfeindlicher Gruppierungen für von diesen Gruppierungen verfolgte Personen keine interne Fluchtalternative. Zudem unterhalten zahlreiche mächtige nicht-staatliche Akteure wie kriminelle Netzwerke, lokale Kommandierende von Milizen sowie Angehörige der Taliban oder Hezb-e-Islami Kontakte zu Beamten lokaler Regierungen oder der Zentralregierung, was dazu führt, dass diese de facto straffrei handeln können und ihre Macht auch über ihr eigentliches Einflussgebiet hinausreicht. Die Familien- und Gemeindestruktur bildet in Afghanistan auch heute noch das wichtigste Netz für Sicherheit und das ökonomische Überleben. Ohne dieses ist ein Überleben kaum möglich.¹³¹

Asylsuchende in der Schweiz/Behördenpraxis. Von Januar bis Ende Juli 2011 haben 511 AfghanInnen ein Asylgesuch eingereicht. Ende Juli 2011 befanden sich 2438 Personen im Asylprozess, 1342 Personen verfügen über eine vorläufige Aufnahme. Die Gesuche von 1083 Personen sind noch hängig.¹³²

¹²⁷ IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 30, 42–43.

¹²⁸ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 6 und 37; UNHCR, UNHCR Global Report 2010, 20. Juni 2011: www.unhcr.org/4dfdbf5116.html.

¹²⁹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 6.

¹³⁰ UN-Security Council, 9. März 2011, S. 14; IDMC, Internal Displacement – Global Overview of Trends and Developments 2010, 23. März 2011: www.unhcr.org/refworld/country,,IDMC,,AFG,,4d932e2925,0.html.

¹³¹ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 38–40.

¹³² Bundesamt für Migration (BFM), Asylstatistik Juni 2011: www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/statistik/asylstatistik/monat/2011/stat-mt-201107-d.pdf.

Rückkehrhilfeprogramm. Da für Afghanistan kein Rückkehrhilfeprogramm existiert, können Rückkehrende nur die individuelle Rückkehrhilfe beantragen.

Situation der intern Vertriebenen (IDPs). Die sich stetig verschlechternde Sicherheitslage, die Intensivierung der Kampfhandlungen, aber auch Vergehen gegen die Menschenrechte, Konflikte um Land und Wasser, Armut, fehlende Lebensgrundlagen sowie Naturkatastrophen haben weiterhin zu signifikanten internen Vertreibungen geführt. Gemäss dem UNO-Sicherheitsrat lebten Ende Juni 2011 425'436 Menschen als intern Vertriebene.¹³³ Zahlreiche IDPs können ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Sie leiden unter einer unsicheren Versorgung mit Lebensmitteln und einem mangelnden Zugang zu Grunddienstleistungen. Der Zugang ist oft aufgrund der Sicherheitslage nicht möglich. Der grösste Teil der städtischen IDPs lebt in ungeplanten und informellen Siedlungen.¹³⁴ Weder die afghanische Regierung noch die internationale Staatengemeinschaft haben ernsthaft versucht, die schlechten Lebensbedingungen der intern Vertriebenen, wie Armut, Unterbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit sowie den mangelnden Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, zu verbessern. Intern Vertriebene suchen sich daher immer öfter Schutz bei lokalen Machthabern oder regierungsfeindlichen Gruppierungen.¹³⁵ Angehörige der Paschtunen sind überdurchschnittlich stark von interner Vertreibung betroffen, da sie die unsichersten Gebiete Afghanistans bewohnen. Männliche IDPs sind der Gefahr der Zwangsrekrutierung ausgesetzt.¹³⁶

Aufnahmekapazität. Gemäss dem *UNHCR* bringen die Rückkehrströme Afghanistan bis an die Grenze seiner Aufnahmekapazität. Eine nachhaltige Rückkehr und eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft gestalten sich aufgrund der prekären Lage des Landes immer schwieriger.¹³⁷

¹³³ UN Security Council, 23. Juni 2011, S. 11. Ende 2010 schätzte das UNHCR die Zahl der IDPs auf 351'900 Personen.

¹³⁴ IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 40.

¹³⁵ UNHCR, Eligibility Guidelines, 17. Dezember 2010, S. 5–6, 36–37; ICOS, Afghanistan Transition, Februar 2011, S. 5, 25–26; IDMC, Internal Displacement, 23. März 2011; UNAMA und AIHRC, Annual Report 2010, März 2011, S. vii; IDMC, Armed conflict forces, 11. April 2011, S. 5.

¹³⁶ UN Security Council, 23. Juni 2011, S. 11; IDMC, Internal Displacement, 23. März 2011, S. 38.

¹³⁷ UNHCR, 2011 UNHCR Country Operations Profile – Afghanistan: www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e486eb6.